

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen...

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen... W. Braun in Posen.

Posener Zeitung

Hundertunddritter Jahrgang.

Nr. 287

Freitag, 24. April.

1896

Deutscher Reichstag.

75 Sitzung vom 23 April, 1 Uhr.

Die Beratung der Interpellation der Konservativen über die Verordnung des Bundesraths betr. den Maximalarbeitszeit in Bäckereien wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Vielhaber (Antif.) beklagt die Verordnung des Bundesraths als einen Ausfluß der heutigen falschen volkswirtschaftlichen Lehren...

Präsident v. Duol bittet den Redner bei der Sache zu bleiben. Abg. Dr. Vielhaber (fortfahrend) führt aus, daß die Bäcker sich am allerwenigsten zu Versuchssubjekten eignen...

Abg. Richter (Fr. Vpt.): Solche weilschlichtigen Verhandlungen haben wir vorausgesehen... Abg. Richter (Fr. Vpt.): Solche weilschlichtigen Verhandlungen haben wir vorausgesehen...

weil 53 Proz. ja auch gegenwärtig keine höhere Arbeitszeit haben, als in der Verordnung angelegt ist. Aber auch diese 53 Proz. werden allen Kontrollbestimmungen der Verordnung unterworfen...

Abg. Graf v. Bismarck (bei keiner Partei): Uns haben drei Punkte zur Einbringung der Interpellation veranlaßt, rechtliche Bedenken, Bedenken gegen den Maximalarbeitszeit...

Im Centrum.) Wenn man nun heute die Kommission für Arbeiterstatistik und die Regierung angreift, weil sie etwas zur Befestigung offenkundiger Missethände gethan hat...

Es ist gesagt worden, jetzt sei kein Stand mehr vor Verordnungen des Bundesraths sicher. Aber darum handelt es sich doch gar nicht, sondern nur darum, die Bestimmungen der Gewerbeordnung, die mit Zustimmung des ganzen Reichstages zu Stande gekommen sind, durchzuführen...

Abg. Köstke (wildliberal) führt aus, wunderbar sei es, daß die Konservativen über politische Maßregeln sich beklagen. Ich stelle fest, daß Graf Bismarck und Abg. Richter derselben Ansicht sind...

Hierauf wird die Besprechung geschlossen. Abg. Süpeden (b. l. Fr.) erklärt zur Geschäftsordnung...

Zunächst wird von Abg. Brandenburg (Str.) die Wahl des Abg. Wambhoff (Dnabrück) referirt...

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antif.) führt Klage darüber, daß der Mann, dem man als Protokollführer die Wahlführung in den Listen übertragen hat...



**Vermischtes.**

† **Aus der Reichshauptstadt.** 23. April. Der Verband deutscher Gewerbeschulmänner, welcher 1886 gegründet wurde und zur Zeit über 500 Mitglieder aus allen Theilen Deutschlands, darunter eine Reihe von städtischen Magistraten, umfasst, hält vom 24. bis 28. Mai d. J. in Berlin seine achte Wanderversammlung ab. Der Zweck des Verbandes: das der Ausbildung des Gewerbestandes dienende niedere und mittlere Schulwesen Deutschlands zu fördern, wird durch die persönliche Annäherung aller auf diesem Gebiete beschäftigten Lehrkräfte und die Erörterung wichtiger Fragen auf den Verbandstagen, sowie durch das Organ des Verbandes, die „Zeitschrift für gewerblichen Unterricht“, angestrebt. Auch die als Gruppe des Verbandes im vorigen Jahre begründete Vereinnung deutscher Baugewerkschulmänner tritt gleichzeitig in Berlin zu ihrer ersten Wanderversammlung zusammen. Zu den Sitzungen hat der Magistrat Räume im Rathhause zur Verfügung gestellt. Auch ist die Annahme berechtigt, daß seitens der Regierung Vertreter an der Versammlung theilnehmen werden.

Geheimrath Prof. von Bergmann feiert am 24. d. das Fest der silbernen Hochzeit.

Freih. von Hammerstein hat seine Vertheidiger, Rechtsanwältin Kugel I und Dr. Schmidt, unmittelbar nach Schluß der gegen ihn geführten Gerichtsverhandlung beauftragt, (wie schon gemeldet) gegen das Urtheil Revision einzulegen. Das Rechtsmittel wird sich auf die Vorschriften des § 377 Ziffer 8 der Strafproceß-Ordnung stützen, wonach ein Urtheil auf einer Verlesung des Gesetzes beruhend anzuheben ist, wenn die Verurtheilung in einem für die Entscheidung wesentlichen Punkte durch einen Bescheid des Gerichts unzulässig beschränkt worden ist. Wie man weiß, hat der Gerichtshof einen Antrag der Vertheidigung zweimal abgelehnt, welcher die Annullirung des Strafverfahrens gegen Hammerstein darzuthun bezweckte, insofern, als durch amtliche Auskunft des Auswärtigen Amtes über den Zeitpunkt der Aufhebung des Auslieferungsvertrages an die italienische Behörde festgestellt werden sollte, daß die Berliner Strafbehörde durch den Transport des Angeklagten von Asten nach Brindisi dort, auf italienischem Gebiet, einen unfreiwilligen Aufenthalt Hammersteins schuf und denn die italienische Regierung veranlaßte, den Angeklagten, der bei ihr ein freiwilliges Aufgebot nachgesucht hatte, auszuliefern.

† **5000 Mark für — Abwärts Reichstagsmandat.** Wir lesen im „Berl. Tagl.“: Zur die Vertheidigung seines Reichstagsmandats ist dem Abgeordneten Abwardt eine ... Abhandlungsumme von 5000 Mark angeboten worden. Die Wähler des hiesigen Mannes haben sich bis jetzt vergeblich bemüht, ihn zur Rückkehr oder zur Niederlegung seines Mandates zu bewegen, und so kam man denn, wie eine Korrespondenz meldet, auf den Einfall, ihm durch eine künftige „Entschädigung“ den Verzicht auf die Würde eines Reichstagsabgeordneten leicht zu machen. Dieser Verlockung wird der einzig Geldbedürftige wohl kaum widerstehen können. Nach Einreichung von einem Notar zu bezeugenden Verzichtleistung und nach Verurteilung derselben im Reichstage

solle die Summe von 5000 M. sofort von einem New Yorker Bankler an Abwardt ausgezahlt werden. Zu einer Erklärung über den Vorschlag ist ihm eine Lebenszeit von 10 Tagen — nach Eintreffen des Briefes in Amerika — gegeben.

**Soziales.**

**Posen, 24. April.**

n. **Vermißt** wird der zwanzigjährige Sohn Oskar des Müllers Seidel, Schützenstraße 26 wohnhaft. Das Kind, welches mit rothem Fleckchen und roth-schwarz farbirter Schürze bekleidet ist, hatte sich gestern Nachmittag aus der elterlichen Wohnung entfernt und ist bis jetzt noch nicht zurückgekehrt.

\* **Ordensverleihungen.** Dem Superintendenten a. D. und evangelischen Pfarrer Grützner zu Schneidemühl ist der Kronen-Orden dritter Klasse, dem emeritirten Lehrer Konrad zu Birkenwerder, Kreis Kolmar, der Adler der Inhaber des Hausordens von Hohenzollern verliehen worden.

**Aus der Provinz Posen.**

V. **Fraustadt, 23. April.** [Sämmtliche Fleischermeister von Fraustadt] bitten sich heute im hiesigen Rathhause unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Simon versammelt, um die von dem Regierungspräsidenten im sanitären Interesse beabsichtigte Einführung der zwangsweisen Schlachttierbeschau einer Verhinderung zu unterwerfen. Hoffentlich wird dieser geplanten Maßnahme durch Erbauung eines öffentlichen Schlachthauses aus dem Wege gegangen, da die Städte, wo ein solches besteht, von der Fleischschau verschont bleiben.

**Telegraphische Nachrichten.**

**Dresden, 23. April.** Geburtstagsfeier des Königs. Bei der heutigen Parade, welche glänzend verlief, führte der Kaiser dem Könige zweimal sein Grenadier-Regiment vor. Der Erzherzog Otto fotografierte das Garde-Regiment. Die Königin und die Prinzessinnen wohnten der Parade vom Wagen aus bei. Bei der Antritt auf dem Paradeplatz und bei dem Verlassen desselben wurden die Majestäten von der Bevölkerung enthusiastisch begrüßt. Die Prinzen waren bei ihren Truppentheilen eingetreten. — Die Enthüllung des Wittelnobelstein hat im Beisein der königlichen Familie einen glänzenden Verlauf genommen. Der König sprach bei der Besichtigung dem Professor Schilling, der die Kolossalgruppen, Vergangenheit und Gegenwart, geschaffen hat, sowie den übrigen Künstlern seinen Dank aus. In das auf den König ausgebrachte Hoch stammten die Anwesenden begeistert ein. — Um 6 Uhr fand in der Villa Streblin Familienfest statt, an welcher der Kaiser und der König und die Mitglieder der königlichen Familie sowie der Erzherzog Otto theilnahmen. Im Residenzschloß fand gleichzeitig Maskenfest statt.

**Karlruhe, 23. April.** In Breiten konstituirte sich ein Verein

zur Errichtung eines Melancthon-Denkmal. Die Grundsteinlegung desselben soll am 400jährigen Geburtstage des Reformators erfolgen.

**Wien, 23. April.** Abgeordnetenhaus. Bei der fortgesetzten Verathung der Wahlreform-Vorlage wurde der Antrag der Minorität, das allgemeine Wahlrecht zur Grundlage für die Spezialdebatte zu nehmen, in namentlicher Abstimmung mit 174 gegen 61 Stimmen abgelehnt und mit noch größerer Majorität beschlossen, in die Einzelberatung der Regierungsentwürfe einzutreten. Dagegen stimmten nur einige Jung-tschechen, einige Antisemiten und die Abgeordneten Konawetter und Bernerstorfer. Ein von Steinwender eingebrachter Antrag auf Schluß der Sitzung wurde abgelehnt und die Spezialdebatte begonnen.

**Budapest, 23. April.** Der internationale Journalisten-Kongress findet hier am 15. 16. und 17. Juni statt. Am 17. veranstaltet der Ministerpräsident Baron Banffy zu Ehren der auswärtigen Journalisten eine Soliree.

Die Polizei verbietet die Abhaltung der Arbeiter-Masseier.

**Petersburg, 23. April.** Fürst Ferdinand hat nachstehende Auszeichnungen verliehen: dem Ficten Lohannow den Alexander-Orden erster Klasse mit Diamanten, dem Vorsitzenden des Heiligen Synod Bobjedonozzew, dem Bürgermeister von Petersburg Radow und dem General Tschernajew den Alexander-Orden erster Klasse, dem Redakteur des „Regierungsboten“ Slutskewskij den Orden pour le mérite erster Klasse, den Redakteuren Sumorin von der „Nowoje W.“ und Kotowitsch von den „Nowosti“ den Orden pour le mérite zweiter Klasse, außerdem noch einer Anzahl Offiziere den Alexander-Orden niedrigerer Klassen.

**Warschau, 23. April.** General-Gouverneur Schuwalow ist wiederum nach Petersburg berufen worden, wo er angeblich das Ministerium übernehmen soll. Als Nachfolger Schuwalow wird ein Bruder des Ministers Goremjotin genannt.

**Madrid, 23. April.** Der „Heraldo“ bestätigt, daß Canovas das Gerücht von Friedensverhandlungen mit Cuba für unbegründet erklärt.

**London, 23. April.** [Unterhaus.] Der Parlaments-Unterschatz des Auswärtigen Curzon erklärt, die Unterhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika betreffend Venezuela dauern fort, es sei nicht rathsam, jetzt Erklärungen darüber abzugeben. Die Gerüchte von einem angebotenen Vertrage zwischen Rußland und China seien von den Zeitungen veröffentlicht und erörtert worden; die Regierung bestehe keine zuverlässigen Nachrichten darüber. Der Staatssekretär für die Kolonien Chamberlain erklärt, die Regierung der Südafrikanischen Republik habe starke Patrouillen längs der nordwestlichen und westlichen Grenze aufgestellt bezwecks Verhinderung der Einschleppung der Rinderpest und von der Beabstchtigung dieser Maßregel vorher am 19. und 21. März; den Gouverneur der Kapkolonie Sir G. Robinson telegraphisch benachrichtigt. Der letztere habe am 22. März geantwortet und die Vernehmung der Patrouillen angeordnet, weil das Bestreben vorhanden sei, die Quarantäne zu verletzen. Sir G. Robinson habe selbst energische Schritte gethan, die Abperungen im Kaplande und im britischen Schutzgebiet aufrecht zu erhalten. Des Weiteren erklärte Chamberlain, er wisse nicht, wie viele Ausländer mit militärischer Ausbildung seit dem Anfang dieses Jahres in die Südafrikanische Republik eingewandert seien. Das Gerücht, daß jüngst eine große Anzahl Deutscher in der Delagoabai gelandet sei, werde von den Ahebern des Schiffes, welches dieselben gebracht haben soll, entlichen in Abrede gestellt. Dalsiel fragt, ob die gestrige Rede Chamberlains correct berichtet, wenn es darin heißt, die Verwaltung im Transvaal sei mangelhaft und verderbt, und ob Angesichts des großen Einbruchs, den diese Erklärung in England und Südafrika machte, das Haus bald Gelegenheit haben werde, die südafrikanische Frage zu beraten. Chamberlain erwidert, die erwähnte Bemerkung beziehe sich auf Verhältnisse und Thatsachen, die seit langer Zeit allgemein bekannt seien, bilde daher keinen Grund für die Dringlichkeit der Verathung. Obwohl die Regierung den jetzigen Zeitpunkt nicht für besonders geeignet für die Verathung halte, sei sie bereit, diese anzuerkennen, falls ein allgemeiner Wunsch dafür vorhanden wäre. Er habe die Nachricht erhalten, daß die Antwort des Präsidenten Krüger auf die Einladung, nach England zu kommen, unterwegs sei, ein telegraphischer Auszug könne jeden Augenblick eintreffen. Sobald die Antwort eingetroffen sei, werde die Regierung die Lage erwägen und wahrscheinlich den ganzen Schriftwechsel vorlegen. Es sei am besten die Verathung zu vertagen, bis das Haus den Schriftwechsel in Händen habe.

**Newyork, 23. April.** Durch eine Pulverexplosion in dem Bergwerk Mehrardt in Montana sind 17 Bergleute getödtet und 26 schwer verletzt.

**Ministerkrise in Frankreich.**

**Paris, 23. April.** [Deputirtenkammer.] Die Tribünen sind überfüllt. Die Diplomatenloge ist fast besetzt. Im Hause herrscht große Bewegung. Fast alle Deputirten sind anwesend.

Ministerpräsident Bourgeois verliest eine Erklärung, in welcher er an den Beschluß der Kammer über die Madagaskar-Kredite und die Weigerung des Senats, diese Kredite zu bewilligen, erklärt. (Rufe auf der äußersten Linken: „Nieder mit dem Senat!“) Bourgeois erklärt, der Beschluß des Senats hindere das Kabinett, in gelegentlicher Weise für die Thätigkeit der Militärbehörden auf Madagaskar vom 30. d. M. ab zu sorgen. Das Kabinett habe alles der Sorge um die Frage der Sicherheit und nationalen Würde untergeordnet, beschlossen, zurückzutreten, damit ein neues Kabinett sofort einen Beschluß über die Madagaskar-Kredite erlangen könne. Der Ministerpräsident legt seine Vorlesung inmitten von Unterbrechungen fort und erklärt weiter, daß das Kabinett, nachdem die Kammer ihm mehrfach Beweise des Vertrauens gegeben habe, es für nicht möglich gehalten habe, zurückzutreten, ohne vorher vor die Kammer mit der Erklärung der Gründe des Rücktritts zu treten. Der Ministerpräsident widerpricht dem Vorwurf, das Kabinett sei nicht verfassungsmäßig. Dem Senat allein stünde es nicht zu, die Verfassung auszuhebeln. Das Ministerium habe sich bemüht, sein Programm zu verwirklichen, das Land werde darüber richten. (Wesfall auf der Linken.) Der Ministerpräsident verläßt mit den Ministern den Saal inmitten von Beifallsbezeugungen der Rechten und eines Theils des Centrums. (Rufe auf der äußersten Linken: „Nieder mit dem Senat!“) Anbauende Bewegung.) Die Minister begaben sich nach dem Elyse, ihre Dimission zu überreichen. Der Deputirte Ricard begründet im Namen der Progressivengruppe unter großer Erregung des Hauses einen Antrag, der das Uebergewicht der Deputirtenkammer ausdrückt sowie den Entschluß seiner Partei, eine Politik demokratischer Reformen zu befolgen. Goblet tabelt das verfassungswidrige Verhalten des Senats und dessen Feindseligkeit gegen das Kabinett. Redner bringt eine Tagesordnung ein, welche erklärt, daß die Deputirtenkammer nur einem Ministerium ihre Unterstützung gewähren werde, welches entschlossen sei, die Verwirklichung demokratischer Reformen zu verfolgen und den höheren Rechten,

**4. Klasse 194. Königl. Preuss. Lotterie.**

Stiftung vom 23. April 1896. — 6. Tag Vermittlung.  
Für die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

Table with lottery numbers and prizes. Columns include numbers and corresponding prize amounts in Mark. Includes sub-headers like '4. Klasse 194. Königl. Preuss. Lotterie.' and 'Stiftung vom 23. April 1896.'.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include numbers and corresponding prize amounts in Mark. Includes sub-headers like '4. Klasse 194. Königl. Preuss. Lotterie.' and 'Stiftung vom 23. April 1896.'.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include numbers and corresponding prize amounts in Mark. Includes sub-headers like '4. Klasse 194. Königl. Preuss. Lotterie.' and 'Stiftung vom 23. April 1896.'.

